

Kirche und Staat trennen

LUXEMBURG - Religion ist Privatsache – diese ihre Meinung haben 5.250 Personen mit ihrer Unterschrift unter eine Petition bestätigt.  1 Kommentare



Language: Deutsch

Unterschreiben

- Petition
- Ausdrucken
- FAQ
- Pressespiegel
- Zitate

Petition für die Trennung von Kirche und Staat

3 gute Gründe für eine Trennung von Kirche und Staat

- 1. Religion ist Privatsache!**
Aus diesem Grund sollte niemand dazu gezwungen werden, eine bestimmte Religion finanziell zu unterstützen. Vielmehr sollte jeder Bürger gemäß Artikel 20 der luxemburgischen Verfassung selber entscheiden können, ob er eine Religion unterstützen möchte oder nicht.
- 2. Die Kirche ist eine umstrittene Organisation!**
Die katholische Kirche hat systematisch Kindesmissbrauch in den eigenen Reihen vertuscht. Außerdem stellt sie das Recht auf Selbstbestimmung in Frage, sie verstößt kirchenintern gegen das Prinzip der Gleichstellung von Mann und Frau und diskriminiert öffentlich homosexuelle Menschen. Eine solche Organisation sollte nicht vom Staat finanziell subventioniert und privilegiert werden.
- 3. Bei der Kirche sparen!**
Allein die katholische Kirche erhält über eine Konvention mit dem Staat jährlich mehr als 20 Millionen Euro an Steuergeldern. Dazu kommen etliche Millionen für den Unterhalt der Kirchengebäude. Wie viel die Kirche insgesamt verschlingt, ist öffentlich nicht bekannt. Wenn nun in Krisenzeiten an allen Enden gespart werden soll, dann stellt sich die Frage, wieso nicht auch bei der Kirche. Schließlich ist sie reich genug, um sich selber finanzieren zu können.

Aus diesen Gründen fordern die Unterzeichneten die sofortige Trennung von Kirche und Staat!

Die Petition konnte online unterschrieben werden. (Bild: Tageblatt.lu)

Am kommenden Dienstag wird Parlamentspräsident Laurent Mosar 5.250 Unterschriften entgegennehmen. Sie stammen von Personen, die sich offen für eine Trennung von Kirche und Staat aussprechen. Initiiert wurde die Unterschriftenaktion vom Internetportal Sokrates.lu und Liberté de conscience asbl. Ihre Unterstützung hatten die Jeunesses socialistes, die Jeunesses démocrate et libérale, déi jonk Gréng, die Jeunesse communiste und die Union nationale des Etudiants du Luxembourg zugesagt.

In der Petition heißt es unter anderem, dass die Religion Privatsache ist. Aus diesem Grund dürfe niemand gezwungen werden, eine bestimmte Religion zu unterstützen. Die Kirche sei eine umstrittene Organisation, so die Petition weiter. Der Text erinnert an den systematischen Kindesmissbrauch. Auch werde kirchenintern gegen das Gleichstellungsprinzip zwischen Mann und Frau verstoßen. Die Unterzeichner fordern des Weiteren den Staat auf, jegliche finanzielle Unterstützung der Kirche einzustellen. Allein der katholischen Kirche würden jährlich 20 Millionen Euro zufließen. Nicht berücksichtigt seien dabei die Ausgaben für den Kirchenunterhalt.

Parlamentarische Mehrheit möglich

Dass eine parlamentarische Mehrheit für eine Trennung von Kirche und Staat möglich ist, meint die Vereinigung "Allianz von Humanisten, Atheisten an Agnostiker Lëtzebuerg" (AHA). Sie haben die 60 Abgeordneten im Parlament dazu befragt. Mit Ausnahme der CSV würden alle im Parlament vertretenen Parteien den aktuellen Modus der staatlichen Finanzierung der Glaubensgemeinschaften in Frage stellen. Sie stünden einer positiven Trennung von Kirche und Staat positiv gegenüber, so AHA. An der Umfrage hatte sich keine der 26 CSV-Abgeordneten beteiligt.

Die LSAP sprach sich für eine Trennung aus, betonte in einem kollektiven Schreiben aller Abgeordneten, dass die aktuellen Mehrheitsverhältnisse diesbezüglich keine Handlungsmöglichkeiten zuließen.